

Schärferes Düngerecht forciert Strukturwandel - Bruns fordert Rechtsklarheit für Tierhalter

Eine weitere Verschärfung des Düngerechts wird sich nach Auffassung vom Vorstandsvorsitzenden des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG), Volker Bruns, auf die Strukturen in der Tierhaltung auswirken. Insbesondere in den viehdichten Regionen werde sich der Strukturwandel aufgrund fehlender Wachstumschancen der Veredlungsbetriebe und möglicherweise notwendig werdender Tierbestandsreduzierungen erheblich beschleunigen, sagt Bruns im Interview. Die Verunsicherung insbesondere in der Schweinehaltung aufgrund ungeklärter rechtlicher Fragen sei weiter hoch. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf. Zudem müssten die künftigen Rahmenbedingungen klar sein.

Länderberichte 1

Appell an EU: Bei Agrarimporten aus Brasilien Nachhaltigkeit berücksichtigen

Die Berücksichtigung von Umwelt- und Menschenrechtsaspekten in den Handelsgesprächen der EU-Kommission mit Brasilien haben jetzt 600 Wissenschaftler aus den Mitgliedstaaten und 300 betroffene indigene Gruppen gefordert. In einem offenen Brief an die Brüsseler Behörde kritisieren sie, dass die EU als einer der weltweit führenden Importeure von Agrargütern unter anderem Sojabohnen aus dem südamerikanischen Land einführe, „ohne zu prüfen, ob diese auf abgeholzten Flächen angebaut wurden“. Für einen nachhaltigeren Rohstoffimport der EU aus Brasilien müssten eine konsequente Rückverfolgung von Agrarprodukten sowie die Achtung der Menschenrechte sichergestellt werden.

EU-Nachrichten 3

Zu viel Stickstoff im Nährstoffkreislauf - Handlungsbedarf in Niedersachsen

Keine Veranlassung zur Entwarnung bietet nach Einschätzung von Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast der aktuelle Nährstoffbericht der Landesregierung. „Wir müssen alle Anstrengungen für den Wasserschutz verstärken“, betonte die CDU-Politikerin. Trotz kleiner Fortschritte zeige der Nährstoffbericht, „dass immer noch zu viel Stickstoff und Phosphat im Nährstoffkreislauf ist“. Gerade die viehstarken Regionen in Weser-Ems müssten ihren Beitrag leisten, um die Situation für den Wasserschutz zu verbessern. Auch Landvolkpräsident Albert Schulte to Brinke sieht die Landwirte in den Regionen gefordert, „die wieder durch den ungeklärten Umgang mit Bilanzüberschüssen beim Wirtschaftsdünger auffallen“.

Länderberichte 8

Anzeichen für erneute Dürre - Wald im Fokus

Die derzeitige Frühjahrstrockenheit in weiten Teilen Deutschlands hat Befürchtungen über einen erneut drohenden Dürresommer laut werden lassen. „Sollte die trockene Witterung in den kommenden Monaten anhalten, könnte sich die Dürre des Jahres 2018 wiederholen oder sogar übertroffen werden“, erklärte der Deutsche Wetterdienst (DWD). Zwar warnte das Bundeslandwirtschaftsministerium vor übereilten Prognosen. Dessen ungeachtet entwickelte sich jedoch eine Diskussion über die Auswirkungen einer anhaltenden Trockenheit auf die Land- und Forstwirtschaft. Der Fokus lag dabei auf dem Wald und den gravierenden Folgeschäden des vergangenen Dürrejahres. Der Vorsitzende des Bundestagsernährungsausschusses, Alois Gerig, bezeichnete kurzfristige Hilfen für die Forstwirtschaft als dringend erforderlich. Der CDU-Haushaltspolitiker Christian Haase appellierte an die Bundesregierung, die Finanzhilfen gegebenenfalls aufzustocken. Andernfalls, so Haase, blieben die bisher bereitgestellten 25 Mio Euro für den Wald bei der Bewältigung der dramatischen Dürreschäden nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“. Die Länder sieht Haase gefordert, die vorhandenen Hilfen auszuschöpfen und zudem von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, weitere Gelder aus der regulären Gemeinschaftsaufgabe umzuschichten. EU-Agrarkommissar Phil Hogan kündigte derweil die Förderung von Aufforstungen mit EU-Mitteln an. Demnach sollen die Mitgliedstaaten in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 die Möglichkeit bekommen, Landwirten für die Aufforstung von einem Hektar Zahlungen zu gewähren. Finanziert werden soll die „1-Hektar-Initiative“ aus Mittel der ländlichen Entwicklung.

Länderberichte 22 und EU-Nachrichten 5